

Nachhaltige Energiepolitik

Rogall
2015

Prof. Dr. Holger Rogall



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

I. Grundlagen

II. Strategiepfade: **100%-Versorgung mit EE technisch möglich**

III. Direkte Akteure

7. Ökologische Leitplanken: **Müssen umgesetzt werden**

8. Grundlagen der Akteursanalyse

9. Globale Ebene/ 9. EU

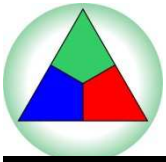
10. Nationalstaaten (Deutschland)

11. Bundesländer

IV. Indirekte Akteure

Stand: 22.1

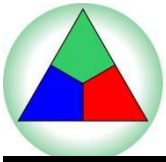




8.1 Modell der direkten u. indirekten Akteure

Rogall
2015

- In einer pluralistischen Gesellschaft existiert keine einzelne Akteursgruppe, die alle Macht vereint.
 - ➔ Akteuren versuchen den Transformationsprozess zu einer nachhaltigen Energiepolitik zu fördern, andere die ihn verlangsamen und verwässern.
- Wissen über **Interessen** und **Mittel** zur Interessendurchsetzung notwendig.
- Modell die Akteursgruppen und Akteure



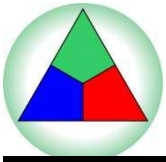
Modell der direkten u. indirekten Akteure

Rogall

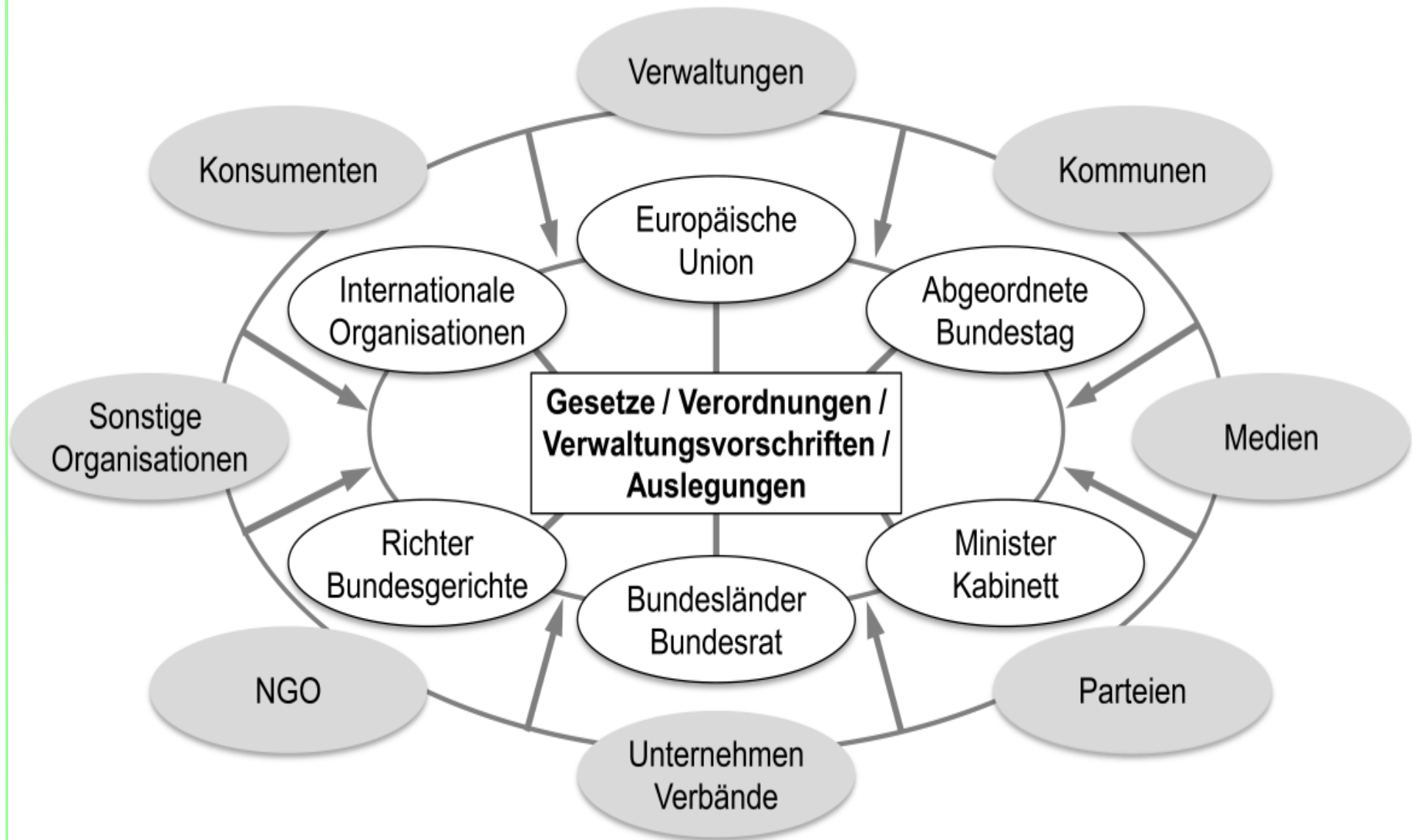
2015

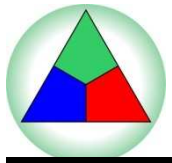
- Da **Marktversagen*** (Faktoren?:)
 - ➔ ökologische Leitplanken notwendig
- Unterschiedliche Stärken des **Einflusses auf die Gesetzgebung**:
 - (1) Direkter Einfluss:** In Kraftsetzung u. Überprüfung von Rechtsnormen (EU, Parlamente, Regierungen, Bundesgerichte)
 - ➔ **Direkte Akteure**
 - (2) Indirekter Einfluss:** Beeinflussung des Gesetzgebungsprozesses (z.B. Massenmedien, Industrieverbände, NGO) ➔ **Indirekte Akteure**

*** Marktversagen, Formen:** (1) Übernutzung und Verbrauch der natürl. Ressourcen, (2) Unzureichende Finanzierung meritokratischer Güter u. exzessive Nutzung demeritischer Güter, (3) Fehlentwicklungen in Wirtschaft (Korruption, Machtkonzentration, Missachtung der Arbeitnehmerrechte), (4) fehlender Wettbewerb, wirtschaftliche Machtkonzentration.



Idealtypisches Modell der Akteure





8.2 Menschliche Verhaltensweisen in Gruppen -Theorien

Rogall
2015

1) Traditionelle Ökonomie

- Wirtschaftsakteure: eigennutzstrebend
- Staat: extern & Gemeinwohlorientiert

2) Ökonomische Theorie der Politik

- Public Choice Ansatz
- Spezifische Interessen der eigennutzstrebenden Akteure

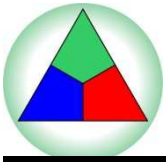
3) Systemtheoretischer Ansatz von Luhmann

- Individuen als austauschbare Funktionen ihres gesellschaftl. Subsystems, das die Einhaltung der Normen verlangt

4) Nachhaltige Ökonomie

- Homo oeconomicus existiert nicht
- Eigennütziges UND idealistisches Handeln (homo heterogenus)

Ziel sollte es sein das menschliche Verhalten ganzheitlich und vollständig zu Erklären

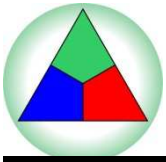


Eigennutz orientierte Ziele

- 1) Pekuniäre Ziele
- 2) Prestigezuwachs
- 3) Machtzuwachs

Inhaltliche Ziele

- 1) Ethische u. Idealistische Z.
- 2) Persönliche Überzeugungen
- 3) Persönliche Qualitätsziele

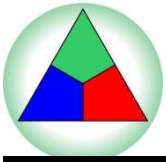


8.3 Mittel der direkten Akteure - Parlamente

Rogall
2015

- 1) **Wählen die Regierung und kontrollieren sie**
- 2) **Beschließen die öffentl. Haushalte** mit (in denen die Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaft festgelegt werden),
- 3) **Beschließen die Gesetze,**
- 4) **Beschließen Parlamentsaufträge** mit denen die Regierungen zu bestimmten Handlungen oder Unterlassungen aufgefordert werden.

Zu diesen offiziellen Mitteln der Parlamente kommen die diversen informellen und halb informellen Mittel, mit denen die Abgeordneten das Regierungshandeln beeinflussen (Gespräche, versteckte Drohungen, Abstimmungen in informellen Partei- und Parlamentsgremien, öffentliche Stellungnahmen).



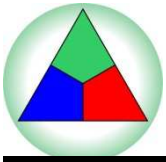
Mittel der direkten Akteure - Regierungen

Rogall

2015

- 1) verfügen über einen Verwaltungsapparat, der die Rechtsnormen umsetzt (einführt und sanktioniert)
- 2) nehmen über Ein- und Ausgaben erhebliche Lenkungswirkungen wahr
- 3) bereiten alle parlamentarischen Entscheidungen vor
- 4) erlassen im Rahmen der Verfassung und der Gesetze niederrangige Rechtsnormen wie Verordnungen, Richtlinien

Zu diesen offiziellen Mitteln kommen die diversen informellen und halb informellen Mittel, mit denen die Minister das Regierungshandeln beeinflussen (Gespräche, versteckte Drohungen, Abstimmungen in informellen Partei- und Parlamentsgremien, öffentliche Stellungnahmen).



8.4 Politikversagen - Symbolpolitik

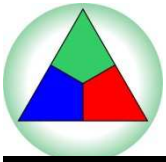
Rogall

2015

- **Politik- oder Staatsversagen:** P. liegt vor, wenn die Politik bei dringlichen Problemen und Marktversagen
 - (1) nicht eingreift u. mit effektiven Instrumenten ausgleicht oder
 - (2) mit unzulänglichen Mitteln eingreift (Symbolpolitik) oder
 - (3) falsche Prioritäten setzt.

- **Symbolpolitik:** eine Politik, die für öffentlich thematisierte Probleme Maßnahmen verabschiedet, die der Öffentlichkeit das Gefühl geben, es würden Lösungsstrategien erarbeitet.

Tatsächlich werden aber Maßnahmen verabschiedet, die wenig Wirkung zeigen, oder die Rechtsnormen werden inkonsequent formuliert oder nicht umgesetzt.



Programmiertes Vollzugsdefizit:

- Mittel, Personal, Ausführungsvorschriften fehlen

Erlaubter Nichtvollzug:

- Programmsätze ohne bindende Wirkung, Gesetzesziele, Mangelnde Umsetzung von Verordnungsermächtigungen

Mangelnde Konkretisierung:

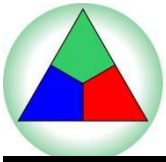
- Versprechen die dem finanziell "Tragbaren", wirtschaftl. Zielen oder der öffentl. Stimmung angepasst werden (Standortwettbewerb, Mobilitätsbedürfnisse)

Regelungsverhinderungsrecht:

- Bundesregelungen, Selbstverpflichtungen

Newsspeak und Stichwortpolitik

- Verundeutlichung der Rechtslage,
- irreführende Begriffe, "generell soll"



Theorien des Politikversagens*

Rogall
2015

Traditionelle (alte) ökonomische Theorien

- Unfähigkeit und Inkompetenz der Politiker
- Amoralität und Eigenutzdenken der Politiker
- Ineffizienz staatlicher Eingriffe

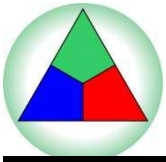
Ökonomische Erklärungs- ansätze

- unvollkommene Information
- mangelnde und falsche Leistungsanreize im öffentlichen Sektor
- Verschwendung im öffentlichen Sektor (durch Klientelpolitik)
- unbeabsichtigte Fehlsteuerung aufgrund von Ausweichverhalten

Ökonomische
Theorie der Politik

Sozioökonomische
Erklärungsansätze:

* Wenn Politik bei Marktversagen (1) nicht eingreift, (2) mit unzulänglichen Mitteln eingreift, (3) falsche Prioritäten setzt



Theorien des Politikversagens

Rogall
2015

Alte ökonomische
Theorien

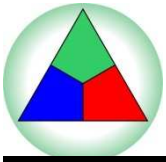
ökonomische
Erklärungsansätze

Ökonomische
Theorie der
Politik

Sozioökonomi-
sche Erklärungs-
ansätze

- alle Mitglieder und Vertreter von Organisationen und Institutionen handeln zweckrational , d.h. ihre Entscheidungen sind nur eigennutzstrebend motiviert
- allen Akteursgruppen werden voraussehbare spezifische Interessen unterstellt (z. B. Politiker: Machtausweitung)

- Privilegien der transnationalen Konzerne
- Privileg der globalen Wahlmöglichkeit
- Privileg eines verminderten Innovationsdrucks
- Privileg des verminderten Akzeptanzdrucks
- Weitere Faktoren, die den Interventionsspielraum des Staates beschränken



Faktoren des Politikversagens (NaÖk)

Rogall
2015

Sozial-ökonomische Faktoren (z.B. Externalitäten)

Machtfülle einzelner Interessengruppen

Personelle Durchdringung

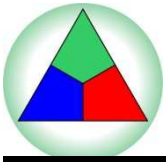
Medienopportunismus

Opportunismus der Mitte

Wahrnehmungsprobleme

Zielkonflikte zw. den Politikfeldern

Knappe Ausstattung der Parlamentarier



Nachhaltige Energiepolitik

Rogall
2015

Prof. Dr. Holger Rogall



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

I. Grundlagen

II. Strategiefade

III. Direkte Akteure

7. Ökologische Leitplanken

8. Grundlagen der Akteursanalyse

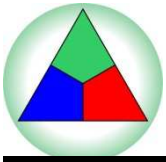
9. Globale Ebene

10. EU

11. Nationalstaaten (Deutschland) / 10. Bundesländer

IV. Indirekte Akteure

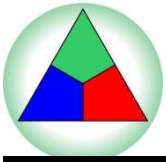




9.1 Globale Akteure: Grundlagen

Rogall
2015

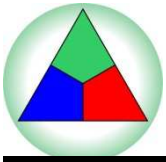
- Klimaerwärmung/ineffiziente Nutzung v. Ress. = globale Probleme
- Viele Akteure meinen auf nationale Anstrengungen verzichten zu können und fordern erst ein globales Klimaschutzabkommen.
- Globale Akteure können Rechtsnormen nur durch Verhandlungen und Verträge – die dann von allen Staaten als nationales Recht beschlossen werden müssen – einführen.
- **Wichtige Organisationen** für den Klimaschutz sind:
 - *Umweltprogramm* (UNEP, keine richtige UN-Organisation)
 - *Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen*, auch *Weltklimarat* genannt (*IPCC*, Intergovernmental Panel on Climate Chance)



9.2 Entwicklung der Klimaschutzdiskussion

Rogall
2015

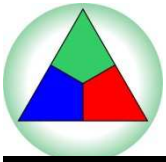
- 1858 *Spotswood Wilson*: CO₂-Emissionen führen zur Klimaerwärmung
- 1979 *Erste Weltklimakonferenz* (1988 Gründung IPCC, Berichte)
- 1990er J.: Zwei verbindl. **Klimaschutzverträge**:
- 1992 **Klimarahmenkonvention** in Rio
 - 1997 **Kyoto-Protokoll** (erst seit 2005 in Kraft),
- 2006/7 Stern-Review, 4. Bericht IPCC → Verhandlungen alle Ebenen
- 2009-13 Scheitern der Weltklimakonferenzen (Kopenhagen, Durban, Doha)
- 2015 Paris: Neue Hoffnung? → Ziel 1,5 bis 2 °C, G7: Ausstieg aus fossilen Energien, aber keine Instrumente u. Sanktionen
- Bewertung**: Paris ein richtiger Schritt, **ABER** völlig unzureichend
- **Nachhaltige Energiepol. = globales Problem, aber Politikversagen.**



Grundlagenbegriffe

Rogall
2015

- **Regime:** ein System von Prinzipien, Normen und Institutionen, das die internationalen Akteure aufstellen, um Handlungen zu regulieren und zu koordinieren. Z. B. Handel, Währungen, Umwelt. Im Umweltschutz sind insbesondere die R. zum Schutz der Ozonschicht u. zum Artenschutz von Bedeutung. Völkerrechtlich verbindlich werden diese R. durch Konventionen o. multinationale Umweltabkommen
- **Konventionen:** K. sind völkerrechtlich verbindliche Verträge zwischen den Nationalstaaten, die durch sog. Protokolle konkretisiert werden können, im Umweltbereich können sie auch multinationale Umweltabkommen genannt werden.
- **Multinationale Umweltabkommen/Verträge (MEAs):** völkerrechtlich verbindliche Verträge zwischen den Nationalstaaten.

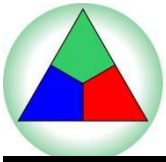


Flexible Mechanismen (Kyoto-Mechanismen)

Rogall
2015

- **Joint Implementation:** Industrieländer können ihre Minderungsziele erreichen, indem sie ein Klimaschutzprojekt in einem anderen Industrieland (dies muss ebenfalls das Kyoto-Protokoll ratifiziert haben) durchführen (z.B. in Ost-Europa).
- **Clean Development Mechanism (CDM):** Anrechnung von Klimaschutzprojekten in einem Entwicklungsland.
- **Emissionshandel:** Dieses Instrument ermöglicht es den Industrieländern mit Emissionsrechten zu handeln

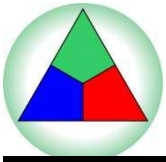
* Um die in Kyoto festgelegten Emissionsminderungen leichter (kostengünstiger) zu erreichen, wurden Mechanismen eingeführt, die es den Ländern ermöglichen einen Teil ihrer THG-Minderungen im Ausland zu erzielen oder mit Emissionsrechten zu handeln



Soll-Ist-Vergleich: Global

Rogall
2015

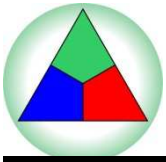
- Der **globale PEV wächst ungebremst** (seit 2000: 2,3 %/a).
Endenergie: Erdöl (32 %), Kohle (28 %), Erdgas (21 %), EE (17%).
- Größte EE-Anteile:
 1. feste Biomasse (ca. 12 %),
 2. Wasserkraft (ca. 3 %),
 3. sonstige EE (z. B. Biokraftstoff und Wind) 2 %
- 2000-2010 stieg die **Energiebereitstellung der EE** rel. kontinuierlich.
Der Energieverbrauch nahm ähnlich zu.
➔ der EE-Anteil konnte nur sehr langsam ansteigen
- Im **Stromsektor** (global 2011: ca. 22.000 TWh) liegt der EE-Anteil geringfügig höher (20 %):
 1. Wasserkraftwerke (ca. 16 %),
 2. Windenergie (ca. 2 %) und Biomasse (<1 %).



Klimaschutzpolitik einzelner Staaten

Rogall
2015

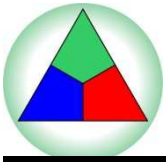
- **Einzelne Staaten** haben – **ohne Verträge** - mit einer nachhaltigen Energiepol. begonnen. **Sie investieren in EE und erschließen Energieeffizienzpotentiale**. Einige beginnen politisch-rechtl. Instrumente einzuführen (Neu: USA, China, Schweden, Norwegen).
- So haben sich – obgleich hierzu kein internationales Abkommen existiert - mittlerweile **138 Staaten** (wenn auch unzureichende) **Ausbauziele** im Bereich der EE gesetzt. Immerhin 66 Staaten haben gesetzlich festgelegte Einspeisevergütungen für EE eingeführt).
- So haben die **Investitionen in EE** in vielen Ländern stark zugenommen, so entfielen zwischen 2009 und 2012 39% der weltweit installierten Windkraftwerke auf China und 21 % auf die USA (DIW 2014/06: 94).



Interessen der globalen Akteure

Rogall
2015

- Die fossile und atomare Energiewirtschaft (mit allen von ihr abhängigen und ihr zuarbeitenden Sektoren) setzt **jährl. mehrere Billionen USD** um und beschäftigt mehrere Millionen Menschen.
- **Ohne ihre Arbeit** könnte heute kein Industrie- und Schwellenland der Welt Wirtschaften. Ihre Bedeutung kann also kaum überschätzt werden.
- Die Menschheit darf nur noch **750-1.000 Gt CO₂-Äquivalente bis 2050** emittieren, die vorhandenen fossilen Brennstoffreserven entsprechen aber ca. 2.800 Gigatonnen CO₂.
- ➔ Will die Menschheit eine dramatische Klimakatastrophe verhindern, darf sie nicht mehr alle vorhandenen Reserven nutzen und so schnell wie möglich mit dem sofortigen Transformationsprozess zu einer 100%-Versorgung mit EE bis 2050 beginnen. ➔ Wie soll das erreicht werden?



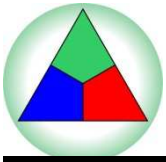
9.3 Zusammenfassung

Rogall
2015

Obgleich es sich bei der Klimaerwärmung um eines der dringendsten Probleme der Menschheit im 21. Jh. handelt, sind die bislang getroffenen Maßnahmen völlig unzureichend und es ist nicht sicher, ob es in absehbarer Zeit überhaupt zu einem neuen völkerrechtlich verbindlichen Klimaschutzvertrag zwischen allen Staaten kommen wird. Zusammengefasst „Die Welt gibt erst mal auf.“ (Prinzler, Vorholz 2013/11: 25).

Nur zwei Alternativen:

- 1) **„Hoffnung“ auf Katastrophen:** Untergang einer Metropole, Bangladeschs oder Vietnams, dann globales Klimaschutzabkommen.
- 2) **Erfolgreicher Weg der EE:** Strategie der 100%-Versorgung mit EE, die anderen Ländern die Hoffnung gibt diesen Weg erfolgreich zu folgen.



Nachhaltige Energiepolitik

Rogall
2015

Prof. Dr. Holger Rogall



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

I. Grundlagen

II. Strategiepfade

III. Direkte Akteure

7. Ökologische Leitplanken

8. Grundlagen der Akteursanalyse

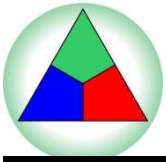
9. Globale Ebene/

10. EU

11. Nationalstaaten (Deutschland) / 12. Bundesländer

IV. Indirekte Akteure





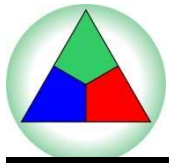
10.1 Grundlagen – Rechtsnormen EU

Rogall
2015

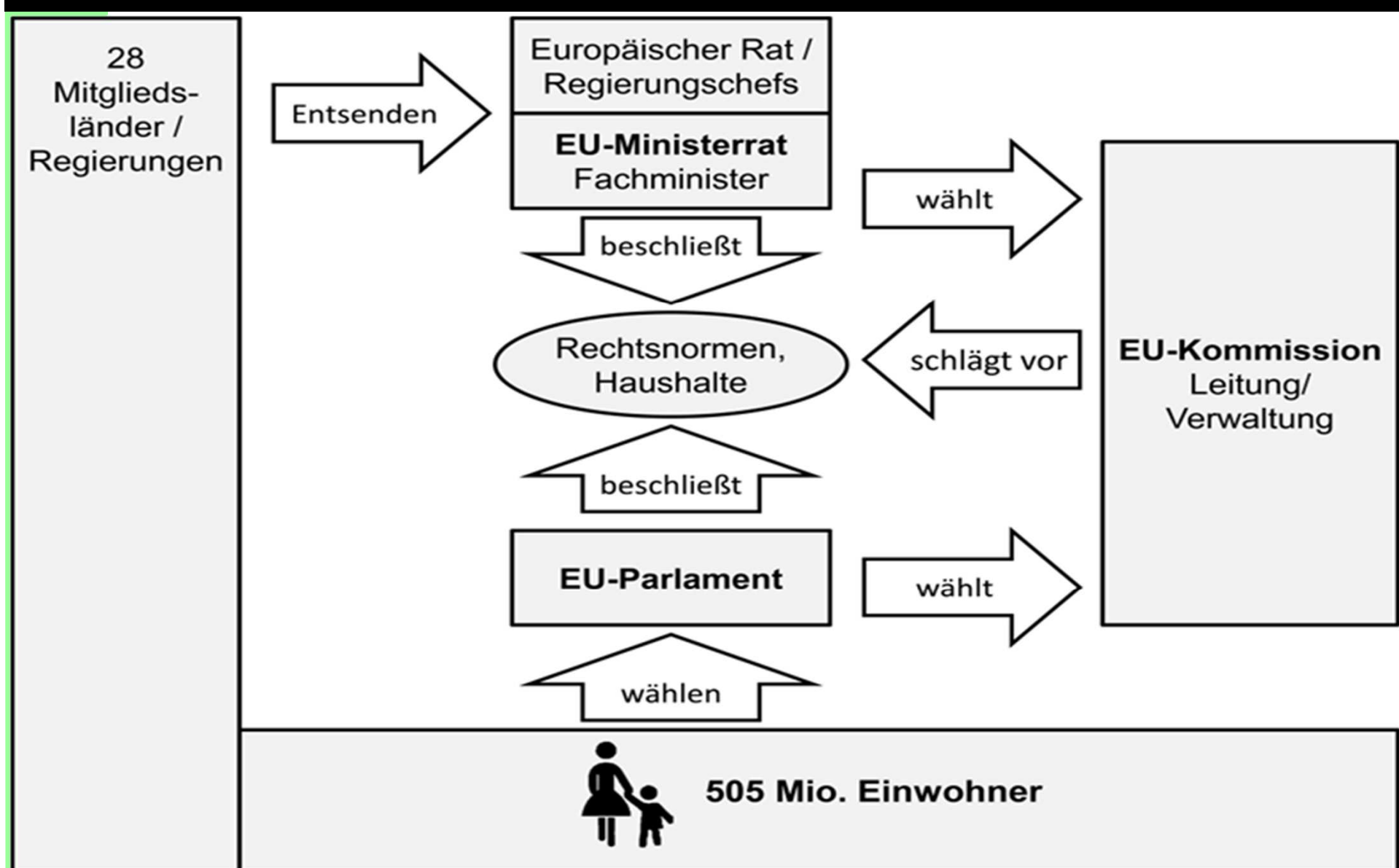
Unterhalb quasi Verfassung (**Europäische Verträge**, V. über die Europäische Union - EUV, und V. über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)):

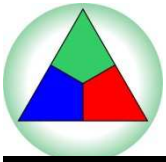
- a) **EU-Richtlinien** (die von den Staaten in innerstaatliches Recht umgesetzt werden müssen, vergleichbar den deutschen Rahmengesetzen), und
- b) **EU-Verordnungen** (die direkt wirkendes Recht darstellen, die Mitgliedsstaaten müssen hier nicht extra tätig werden).
- c) (verbindlichen) **Beschlüsse** (*früher Entscheidungen*) in Einzelfällen sowie die (unverbindlichen) *Stellungnahmen* und *Empfehlungen*.

Heute hat das EU-Recht i.d.R. Vorrang gegenüber dem nationalen Recht der 28 Mitgliedsstaaten, damit stellt die EU einen zentralen Akteur einer nachhaltigen Energiepolitik dar.



10.1 EU – Grundlagen: Zentrale Organe der EU

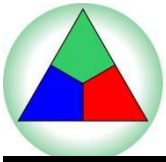




10.2 Entwicklung der Klimaschutzdiskussion

Rogall
2015

- Ende der **1980er Jahre Vorreiterrolle**, offensiver Einsatz auf Klimaschutzkonferenzen (z. B. in Rio 1992 und Kyoto-Protokoll 1997)
- **Zentrale Ziele 2008 bis 2020:** 1) THG-Emissionen -20% (zu 1990), 2) EE-Anteil 20%, 3) Senkung des PEV um 50% bis 2050
Bis 2050: Minderung der THG-Emissionen um 80-95% (gleiches Ziel wie Deutschland).
- **2014 EU-Kommission:** 40%-Minderungsziel bis 2030, aber Aufgabe von verpflichtenden Zielen des EE-Anteils für jeden Mitgliedsstaat.



Soll-Ist-Vergleich EU-28

Rogall

2015

Zu 1) THG-Emissionen (Ziel 2050: -80 bis 95%),

Realität: -27% (1990-2014).

Bewertung: Die Reduktion um 20% (2020) wahrscheinlich, **das Ziel bis 2050 nicht.**

Zu 2) EE-Anteil am Endenergieverbrauch (Ziel 2050: 60%):

Realität: 12% (2012), am Stromverbrauch 28% (2014).

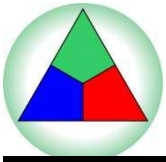
Bewertung: Für die Zielerreichung muss erheblich mehr getan werden.

Zu 3) PEV (Ziel 2050: -50%): **Realität:** -3,8% (2013/2008),

Bewertung: Für die Zielerreichung muss erheblich mehr getan werden.

Verkehr (Ziel Endenergieverbrauch: -40% bis 2005/2050),

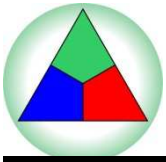
Realität: +1%.



Politisch-rechtliche Instrumente EU

Rogall
2015

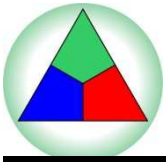
- **CO²-Emissionshandel:**
 - ➔ 1. und 2. Phase (bis 2012) ohne Wirkung. 3. Phase EU-weit (-1,74%/Jahr)
 - ➔ Ab 2021: 43%-Minderungsziel bis 2030 = 2,3%/Jahr (zu 2005)
- **Nutzung von Energie aus EE:** Bis 2030 sollen EE 27% des Endenergieverbrauchs decken
 - ➔ Wichtig, aber keine Instrumente
- **KWK-Anlagen** (Richtl. 2004/08)
 - ➔ Erfolg begrenzt
- **Effizienzvorgaben für die Versorger**
 - ➔ Verwässert



Politisch-rechtliche Instrumente EU

Rogall
2015

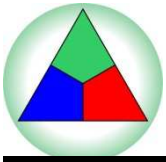
- **Effizienzvorgaben im Gebäudebereich** (Richtl. 2002/91)
 - ➔ **Abhängig v. nationaler Umsetzung, aber Niedrigstenergiehausstandard**
- **Ökolog. Mindeststandards für Produkte** (ErP-Richtlinie)
 - ➔ **Erste Erfolge zur Verringerung des Stand-by-Verbrauchs**
- **Emissionsgrenzen für Pkw u. leichte Lkw**: Seit 2015 für die Pkw-Neuwagenflotte jedes Herstellers 130 g CO₂/km, ab 2021 95 g
 - ➔ **Wichtig, aber zu viele Ausnahmen**



Interessen

Rogall
2015

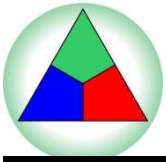
- Interessen komplexer u. divergenter als auf nationaler Ebene. 28 Mitgliedstaaten mit unterschiedlichen Auffassungen zu wichtigen Einzelthemen, mit unterschiedl. gesellschaftl. u. rechtlichen Traditionen und nationalen Eigeninteressen. Keine Kommunikation „von unten.“
- Drei gemeinsame Interessen: Frieden, Wohlstand, Machtfaktor
- Die Entscheidungsprozesse innerhalb der EU sind in dem Bestreben organisiert, eine konsistente Politik auf Grundlage größtenteils divergenter Interessen entwickeln zu können.
- NGOs müssen im Wettbewerb des Lobbyismus ihre weit schwächere Finanzkraft mit besseren Argumenten kompensieren. Mitunter gelingt das sogar, zumindest teilweise



10.3 Zusammenfassung EU

Rogall
2015

- **Einerseits:** Vorreiterrolle (Richtlinien, Konferenzen)
- **Andererseits:** keine konsistenten Energie- und Nachhaltigkeitspolitik (Marktliberalisierung, Verwässerung der Richtlinien)
- **Wie** soll mit den vorhandenen Instrumenten eine THG-Emissionsminderung von 80-95% erreicht werden ??
- *Perspektivisch überwiegt die Hoffnung:* als Akteursgruppe im globalen Nachhaltigkeitsprozess spielt die EU eine wichtige Rolle. Zur Not in Form eines eigenen „Wirtschafts- u. Nachhaltigkeitsraumes“ mit Ausgleichszöllen für Öko-Dumping. Vorübergehend in einem „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ ?



Nachhaltige Energiepolitik

Rogall
2015

Prof. Dr. Holger Rogall



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

I. Grundlagen

II. Strategiepfade

III. Direkte Akteure

7. Ökologische Leitplanken

8. Grundlagen der Akteursanalyse

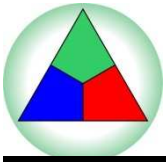
9. Globale Ebene/ 10. EU

11. Nationalstaaten (Deutschland)

12. Bundesländer

IV. Indirekte Akteure





11.1 Deutschland- Staatsstrukturbestimmungen

Rogall
2015

1.
Demokratie

2.
Ökologischer
Sozialstaat

3.
Republik &
Bundesstaat

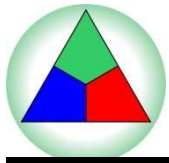
4.
Rechtsstaat

1. Demokratie

- (1) **Volkssouveränität**
- (2) **Mehrheitsentscheidungen:**
Wahl der Parlamente, Mehrparteiensystem
- (3) **Freiheits- u. Menschenrechte:** Freiheitsrechte der Einzelnen statt Diktatur der Mehrheit
- (4) **Gewaltenteilung:** Legislative, Exekutive, Judikative

2. Ökologischer
Sozialstaat
(Nachhaltig-
keitsprinzip)

- **Eingriffsverpflichtung des Staates** bei
Marktversagen
(Schutz der natürlichen und sozialen Standards)



Deutschland- Staatsstrukturbestimmungen

Rogall
2015

Demokratie

Ökologischer
Sozialstaat

Republik &
Bundesstaat

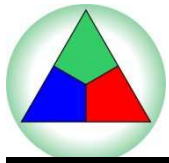
Rechtsstaat

3. Republik &
Bundesstaat
(Föderalismus)

- Republik = Keine Monarchie
- (1) (Länder mit eigenen **Haushalten** u. **Verwaltungen**,
- (2) **Unterteilung** in ausschließliche, konkurrierende & rahmensetzende Gesetzgebung,
- (3) Vertretung der Länder im Bundesrat

4. Rechtsstaat

- (1) **Rechtshierarchie: Vorrang von Verfassung** und Gesetz vor Verordnungen
- (2) **Vorbehalt des Gesetzes:** Bindung der Exekutive an die Gesetze
- (3) **Rechtsschutz:** Überprüfung staatlicher Handlungen auf Vorhersehbarkeit, Rechtssicherheit, Vertrauensschutz, Verhältnismäßigkeit



Rechtshierarchie des nationalen Umweltschutzrechts

Rogall
2015

Rechtswerk

1. Verfassung
Eigentumsrecht u. Sozialbindung des Eigentums (Art. 14,1 u. 2)
Schutz der natürl, Lebensgrundlagen (20a)

2. Gesetze:
z.B. Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz

3. Verordnungen:
z.B. Verpackungsverordnung

4. Verwaltungsvorschriften:
Richtlinien, Technische Anleitungen (z.B. ModInstRI., TA-Luft)

5. Technische Regelwerke
z.B. DIN-Normen, VDI-Richtlinien

Zuständigkeit

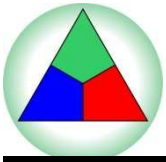
Legislative

Legislative

Exekutive auf Grundlage
eines Gesetzes

Exekutive, formal ohne
Außenwirkung, urspr.
zur Regelung v. Details

Anerkannte Verbände



Prinzipien der klassischen Umweltpolitik

Rogall
2015

1) Verursacherprinzip

- Jeder der einen Schaden verursacht muss für seine Beseitigung und seine Folgekosten aufkommen

2) Vorsorgeprinzip

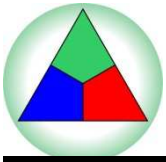
- Maßnahmen sollen an der Quelle ansetzen und bevor der Schaden eintritt

3) Kooperationsprinzip

- Betroffene sollen beteiligt werden
- formell: Anhörungen, informell: Lobbyarbeit

Gemeinlastprinzip ist KEIN ANERKANNTES PRINZIP

- Öffentliche Hand wird nur dann tätig, wenn gehandelt werden muss, der Verursacher aber nicht greifbar ist



Probleme bei der Durchsetzung des Verursacherprinzips

Rogall
2015

Identifizierung des Verursachers (Komplexität von Umweltschäden)

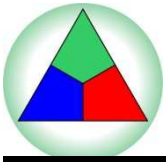
Aufteilung der Umweltschäden auf die verschiedenen Verursacher (kulminierende Folgen, Abgrenzungsprobleme)

Monetäre Bewertung der Schäden
(Was kostet eine ausgestorbene Rotkehlchenart ?)

Heranziehung des Verursachers
(Verursacher existiert nicht mehr, Bestandsschutz)

Interessenkonflikte
(Arbeitsplätze - Umweltschutz, finanzielle Belastungen von Haushalten und Unternehmen)

Überwachungsmöglichkeiten
(Vollzugsdefizit)

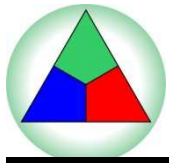


11.2 Klimaschutzpolitik - Entwicklung

Rogall

2015

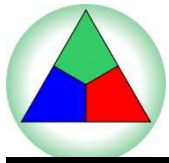
- 1987 Einsetzung der Enquete-Kommission des Bundestages "Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre". → wichtiger Einfluss
- 1988 Ziel bis 2005 die CO₂-Emiss. um 25% zu reduzieren (nicht erreicht).
- Seit dem setzten sich alle Bundesregierungen für Klimaschutzabkommen mit ambitionierten THG-Reduktionszielen ein.
- 1997 Kyoto-Protokoll Reduktionsziel 21% (erreicht).
- 2000 EEG und Ökologische Steuerreform.
- 2010 Energiekonzept mit sehr ambitionierten Treibhausgasminderungs- und EE-Ausbauzielen



Energieverbrauch in Deutschland nach Sektoren in EJ

Sektor/J.	1973	1980	1990	2000	2005	2010	2014	2015	1990/ 2014
PEV	14,9	15,0	14,9	14,4	14,5	14,2	13,1	13,3	-12%
0. End- energie	9,5 (100)	9,8 (100)	9,5 (100)	9,2 (100)	9,1 (100)	9,3 (100)	8,6 (100)		-12%
1. Industr. (in% v. 0)	3,8 (40)	3,6 (37)	3,0 (32)	2,4 (26)	2,5 (28)	2,6 (28)	2,5 (29)		-31%
2. Verkehr (%)	1,6 (17)	1,9 (19)	2,4 (25)	2,7 (30)	2,6 (29)	2,6 (29)	2,6 (29)		+8%
3. Haus- halte (%)	2,4 (25)	2,5 (26)	2,4 (25)	2,6 (28)	2,6 (29)	2,7 (29)	3,5 (41)		-3%
4. GHD** (%)	1,5 (16)	1,6 (17)	1,6 (17)	1,5 (16)	1,3 (15)	1,5 (16)			

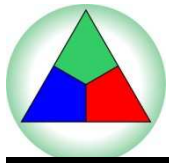
** Gewerbe, Handel, Dienstleistungen



Energiebedingte **CO2-Emissionen** nach Sektoren in Deutschland*

Sektoren	1990	1995	2000	2005	2010	2014	2015	***
Summe	982 (100)	875 (100)	833 (100)	806 (100)	772 (100)	760 (100)	760 (100)	-222 -23%
1. Energiewirt. (in %)	423 (43)	365 (42)	357 (43)	375 (46)	352 (45)	361 (48)		-62 -15%
2. Verkehr (in %)	162 (17)	176 (20)	181 (22)	160 (20)	153 (20)	154 (20)		-8 -5%
3. Industrie (in %)	176 (18)	134 (15)	118 (14)	109 (14)	115 (15)	114 (15)		-62 -35%
3. Haushalte (in %)	129 (13)	129 (15)	118 (14)	111 (14)	112 (14)	87 (11)		-42 -33%
5. Kleinverbr. (in %)	64 (7)	53 (6)	45 (5)	40 (5)	37 (6)	43 (6)		-20 -33%

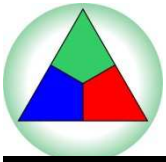
* In Mio. t CO2-Äquivalente,, *** 1990/ 2012, **Ziel:** -85-95% = 1 t THG/Pro Kopf



PEV nach Energieträger in Deutschland (in PJ)

Energieträger	1990	2000	2005	2010	2014	2015		
Steinkohle	2.306	2.021	1.808	1.714	1.724	1.691		
%	16%	14%	12%	12%	13%	~12%		
Braunkohle	3.201	1.550	1.596	1.512	1.574	1.587		
%	22%	11%	11%	11%	12%	~12%		
Mineralöl	5.228	5.499	5.166	4.684	4.516	4.511		
%	35%	38%	36%	33%	34%	~34%		
Gase	2.304	2.996	3.361	3.181	2.688	2.804		
%	16%	21%	22%	22%	21%	~22%		
Kernenergie	1.668	1.851	1.779	1.533	1.059	~1.000		
%	11%	13%	12%	11%	8%	~7%		
EE	196	417	769	1.413	1.486	1.679		
%	1%	3%	5%	10%	11%	~13%		

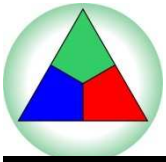
*Quelle: AG Energiebilanzen



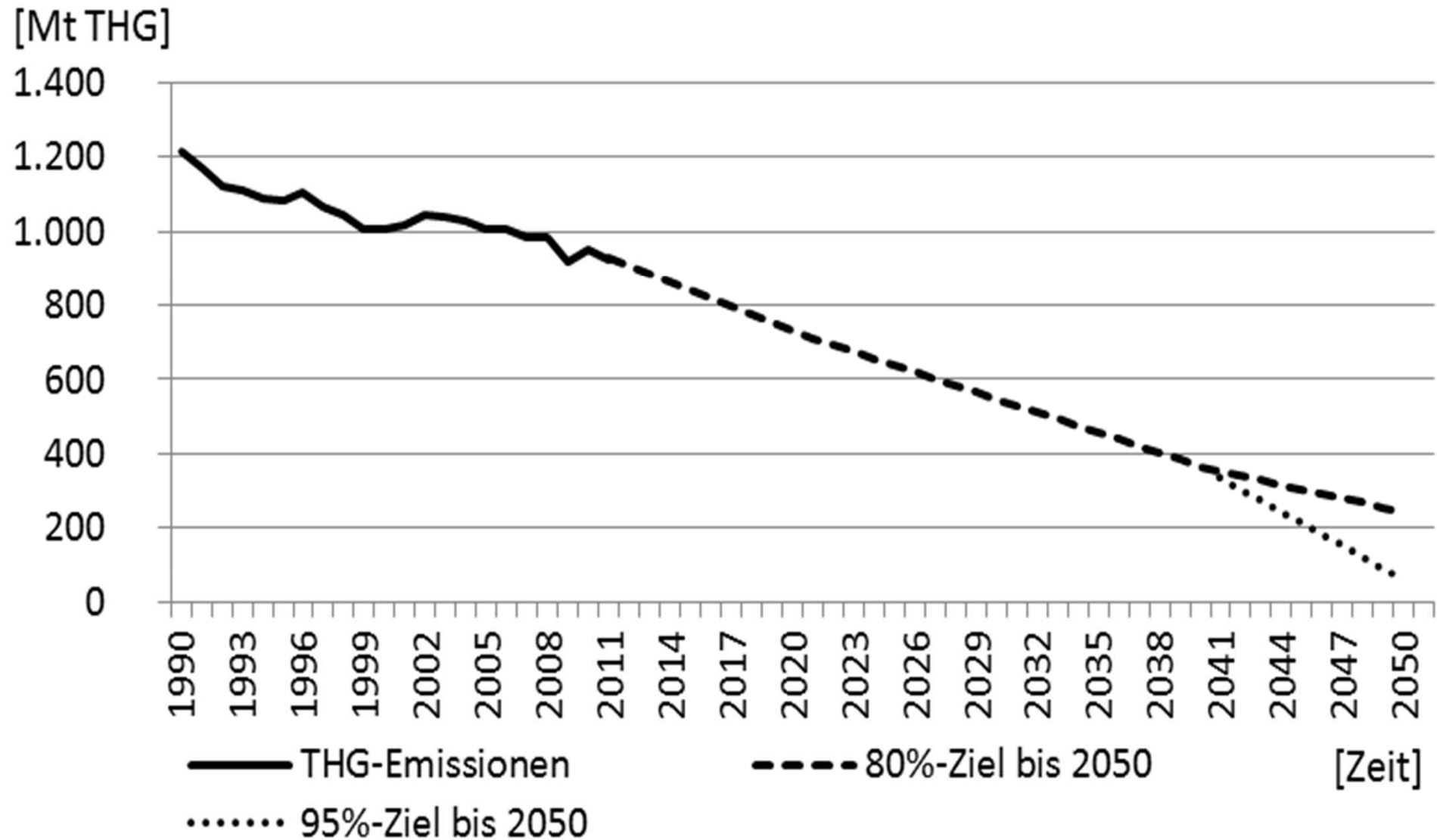
Soll-Ist-Vergleich: Deutschland

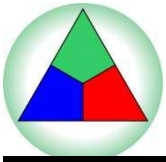
Rogall
2015

- 1) Senkung der Treibhausgasemissionen** (Ziel: -40% 1990 bis 2020, -80 bis -95% bis 2050, d.h. auf 5 bis 20% der Emissionen von 1990. THG-Emissionen): Index 100 (1990) ist auf 73,1 (2011) gesunken
Bewertung: Gute Entwickl. weitere Maßnahmen sind aber nötig.
- 2) EE-Anteil am Endenergieverbrauch** (Ziel: BR: 60% bis 2050: Der EE-Anteil ist von 2% (1990) auf 13% (2012) gestiegen
Bewertung: Gute Entwickl., weitere Maßnahmen sind aber nötig.
- 3) EE-Anteil am Stromverbrauch** (Ziel: BR: 35% bis 2020, 80% bis 2050): Anteil ist von 3% (1990) auf 23% (2012) gestiegen
Bewertung: Der Indikator ist auf gutem Wege die Ziele zu erreichen, weitere Maßnahmen sind aber nötig.



THG-Emissionen: Entwicklung und Ziele





10.3 Instrumente: Förderung EE

Rogall
2015

1) Stromsektor:

a) EEG v. 2000: Anschluss-, Abnahme- u. (kostendeckende)

Vergütungspflicht für Strom aus EE (für 20 J.),

Vergütungssätze für Neuanlagen sinken, um technischen Fortschritt
anzuregen → **Sehr Erfolgreich**

b) BiomasseVO v. 2000: Regelt Stromerzeugung aus Biomasse

→ **Gemeinsam mit EEG Erfolgreich**

2) Wärmesektor

a) Erneuerbare-Energien-Wärmeges. v. 2008 (EEWärmeG):

Nutzungspflichten, → **Erfolg begrenzt auf Neubauten**

b) Marktanreizprogramm

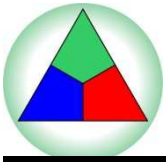


Sonstige Klimaschutzinstrumente

Rogall

2015

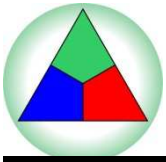
- 1) ***CO₂-Emissionshandel*** für ausgewählte Sektoren:.....
- 2) ***Ökologische Steuerreform***:.....
- 3) Gesetz über die ***umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchs-relevanter Produkte (EVPG)*** vom November 2011:
- 4) Das ***Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz*** von 2002/2012
- 5) ***Energieeinsparverordnung (EnEV)***:.....
- 6) ***LkW-Maut***:.....
- 7) ***Kfz-Steuer***:



Beispiele des Politikversagens

Rogall
2015

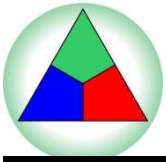
- **EU-CO₂-Emissionshandel (ETS):** Hoffnungen nicht erfüllt
 - ➔ cap in allen drei Perioden zu hoch
 - ➔ keine Koppelung des caps an externe Entwickl. (EE, Krise)
- **EEG:** Bislang erfolgreichstes Klimaschutzinstrument (23 EU-Staaten). Dennoch Novellierung statt Verteuerung der Kohle
- **EU-Flottenverbrauchsregelung:** Lobby gelang Verzögerung.
 - ➔ **Verlust der Vorreiterfunktion?**



11.4 Zusammenfassung

Rogall
2015

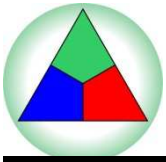
- Deutschland hat wichtige Instrumente eingeführt.
- Sie reichen aber nicht aus, um die Handlungsziele des Klimaschutzes zu erreichen (Politikversagen).
- ➔ Weitere Instrumente sind notwendig.
- ➔ Aufgrund mangelnder ökologischer Leitplanken können bspw. die Wirtschaftsakteure nach wie vor die Umweltkosten, die durch Produktion und Konsum entstehen, externalisieren
- ➔ Dort wo Erfolge zu verzeichnen sind, kamen sie erst aufgrund neuer Mehrheiten (EEG, erster Atomausstieg) oder Katastrophen (endgültiger Atomausstieg nach Fukushima) zustande.



12. Bundesländer

Rogall
2015

- Fast alle Bundesländer haben Klimaschutzmaßnahmen durchgeführt → Meist weiche Instrumente z.B. Förderprogramme, Einzelprojekte
- Der Mut zu wirklich wirksamen Maßnahmen (z.B. zur Einführung von Nutzungspflichten von EE oder Wärmesaniierungspflichten) fehlt bislang.
- Seit wenigen Jahren beginnt sich diese Situation zu wandeln, immer mehr Bundesländer verabschieden ambitionierte Ziele zum Ausbau der EE, auch wenn die hierfür nötigen Instrumente oft noch nicht verabschiedet sind.



Nachhaltige Energiepolitik

Rogall
2015

Prof. Dr. Holger Rogall



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

- I. Grundlagen
- II. Strategiepfade

III. Direkte Akteure

- 7. Ökologische Leitplanken
- 7. Grundlagen der Akteursanalyse
- 8. Globale Ebene/ 9. EU
- 10. Nationalstaaten (Deutschland)/11. Bundesländer

Zwischenfazit Abschnitt III

- IV. Indirekte Akteure





Zusammenfassung

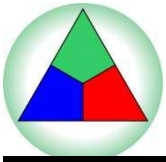
Rogall
2015

Direkte Akteure

- 7. Ökologische Leitplanken.....
- 8. Grundlagen der Akteursanalyse.....
- 9. Globale Ebene.....
- 10. EU.....
- 11. Deutschland.....
- 12. Bundesländer.....

Zwischenfazit Abschnitt III



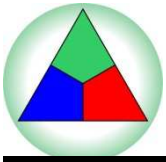


Politikversagen Beispiel Klimaschutz

Rogall
2015

Gegen eine ambitionierte Emissionsobergrenze (cap) spricht:

- (1) **Akzeptanzprobleme** in der Gegenwart (Verzicht auf große Pkw).
- (2) Wähler schätzen **Kosten, der Zukunft geringer** ein als der Gegenwart (Problem der Diskontierung, sie wollen Instrumente, die für sie keine Kosten verursachen).
- (3) Es können **wirtschaftl. negative Effekte** auftreten (Minderungsinvestitionen verdrängen andere Investitionen, Wettbewerbsposition verschlechtert sich).
- (4) Andere Länder partizipieren an den Klimaschutzerfolgen, beteiligen sich aber nicht an den Kosten (**Trittbrettfahrerproblem**).
- (5) Es existiert eine „**Resthoffnung**“, dass die Folgekosten der Klimaerwärmung nicht so hoch ausfallen wie befürchtet.



Spezifische Faktoren Politikversagen - Global

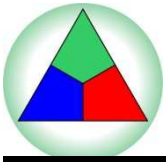
Rogall
2015

➤ Schwellenländer:

- Die Bevölkerung ist nicht bereit die Geschwindigkeit ihrer „Aufholjagd“ gegenüber den Industrieländern zu verlangsamen, so
➔ sie investieren nicht in die EE
- Die einflussreichen Länder Russland, China, Indien, Indonesien verfügen über viel billige Kohlevorkommen
➔ Doppelargument pro EE (Klima UND Ressourcenschutz) nicht gültig

➤ EU-Ebene:

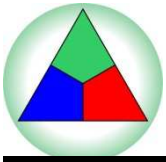
- Die EU war ursprünglich eine Kooperation von Staaten zur Erreichung rein wirtschaftlicher Ziele (*Kapitalverkehrsfreiheit*)
- *Vertretung von Partikularinteressen.*



Erfolgsfaktoren (NaÖk)

Rogall
2015

- 1) Öffentliche Problemwahrnehmung (laufende Vorfälle).....
- 2) *Richtiger Zeitpunkt und ausreichende Reichweite (Zeitfenster).....*
- 3) *Bündnisfähigkeit u. -suche.....*
- 4) *Überzeugendes Engagement.....*
- 5) *Neuer institutioneller Rahmen auf internationaler Ebene.....*
- 6) *Wirtschaftliche Innovationen und Vorreiterrolle.....*
- 7) *Win-Win Situation erzeugen.....*



Quellen

Rogall
2015

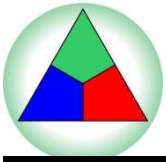
- Jänicke, M. u.a. (1999): Umweltpolitik, Bonn.
- Rogall, H. (2003): Akteure der nachhaltigen Entwicklung, München.
- Rogall, H. (2012): Nachhaltige Ökonomie, 2. Auflage Marburg.
- Rogall, H. (2014): 100% Versorgung mit EE, Marburg.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit !

Ich freue mich auf Ihre Fragen

Es folgen Materialien



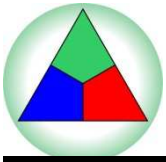


Anhang: Hinweise für die Erstellung eines Parteiantrages

Rogall

2015

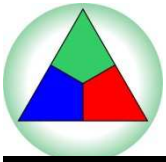
1. **Zweck:** Anträge (A) werden von einem oder mehreren Mitgliedern im Ortsverein eingebracht und diskutiert.
Wird der A. beschlossen, geht er über die Parteigliederungen bis zum zuständigen Gremium (Kreis-, Landes-, Bundesparteitag).
Mit dem A. fordert die „Parteibasis“ ihre Mandatsträger auf, bestimmte Maßnahmen zu ergreifen oder Tätigkeiten zu unterlassen. A. haben keine verbindliche Rechtswirkung, aber i.d.R. steht hinter dem A. eine Mehrheit der Parteimitglieder, eine Nichtbeachtung der Beschlüsse kann zur Nichtwiederaufstellung der Mandatsträger führen.
2. **Ziele** der Antragsteller:
 - Profilierung: Mitglieder nehmen Notiz
 - Initiierung einer Diskussion
 - Umsetzung inhaltlicher Ziele: Chance auf Maßnahmen
3. **Formalien und Inhalte:** Ein Antrag beinhaltet folgende Formulierung: „Antrag, der Ortsverein, Kreis- und Landesparteitag mögen beschließen: Die... Mitglieder im Abgeordnetenhaus und im Senat werden aufgefordert, ... Begründung:“



Anhang: **Formelle Mittel des Parlaments**

Rogall
2015

1. **Gesetze:** Verbindliche Festlegung von Handlungen aller gesell. Akteure
2. **Parlamentsaufträge an die Regierung:** Forderung des Parlaments an die Regierung, bestimmte Maßnahmen zu ergreifen oder Tätigkeiten zu unterlassen.
3. **Große Anfragen:** Von den Fraktionen eingebrachte Fragenkomplexe zu einem Thema, bei denen die Regierungen Rechenschaft über ihre Tätigkeit leisten müssen.
4. **Kleine Anfragen:** Möglichkeit für Abgeordnete Fragen an die Regierung zu richten, die verpflichtet ist, diese Fragen zu beantworten.
5. **Mündliche Anfragen:** Möglichkeit für Abgeordnete, in Plenar- und Ausschusssitzungen, Minister durch Fragen zur Rechenschaft zu zwingen.



Anhang: Hinweise für einen Parlamentsantrag

Rogall
2015

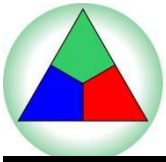
1. Rechtliche Stellung

Anträge werden i.d.R. von den Fraktionen eingebracht und in den Ausschüssen beraten. Mit diesen fordert das Parlament die Regierung auf, bestimmte Maßnahmen zu ergreifen. Die Verbindlichkeit ist umstritten. Anders als die Gesetze haben sie für die Regierungen keine verbindliche Rechtswirkung. Andererseits steht hinter den Parlamentsaufträgen eine parlamentarische Mehrheit, die bei Nichtbeachtung der Beschlüsse von der Missbilligung der Minister bis zum Misstrauensvotum führen kann.

- ### 2. Ziele:
- Profilierung für Abgeordnete: Politik nimmt Notiz
 - Öffentlicher Druck: Chance auf Aufnahme durch die Medien
 - Umsetzung inhaltlicher Ziele: Chance auf Maßnahmen

3. Formalien und Inhalte:

Ein Antrag beinhaltet folgende Formulierungen: „Antrag der Fraktion der... (Partei) über... (Thema). Das Abgeordnetenhaus von Berlin möge beschließen: Der Senat wird aufgefordert, ... Begründung: Namen der Antragsteller



Hinweise für die Erstellung einer „Kleinen Anfrage“*

Rogall
2015

1. Geschäftsordnung: „Jedes Mitglied des Abgeordnetenhauses kann (...), vom Senat Auskunft verlangen. Der Senat beantwortet die Anfrage schriftlich. Anfrage und Antwort werden vom Präsidenten veröffentlicht.“**
2. Ziele des Abgeordneten
 - Informationen: Daten und Fakten
 - Profilierung: Medien und Politik nehmen Notiz
 - Öffentlicher Druck: Chance auf Aufnahme durch die Medien
3. Formalien und Inhalte

Sie beinhaltet folgende Formulierungen: „Kleine Anfrage der/s Abgeordneten ... (Partei) vom ... (Datum) über ... (Thema)

 1. Wie beurteilt Senat...
 2. Welche ? (i.d.R. 4-7 Fragen)

* Im Abgeordnetenhaus von Berlin

** § 50 Geschäftsordnung Abgeordnetenhaus